

Neu-Brennenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
(Samstags 2 Blätter und das 3. Quirinus-Blatt.)
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pfg. — 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: M. Hansen.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend eingegeben; Preis für die 5-spaltige Zeile ober-
beran Raum 15 Pfg. — 1 1/2 Sgr.
Bei größeren Annoncen entsprechender Rabatt.

Der Samstagsnummer wird ein „Illustriertes Sonntagsblatt“ beigegeben, welches den Abonnenten zu einem Mehrbetrag von 25 Pfg. pro Quartal mitgeliefert wird.

Abonnements

für die Monate August und September,
zu 1/2 des Quartalspreises, können bei allen Postanstalten
bei unsern Boten, sowie in der Expedition angemeldet
werden.

Gesellschaft für Buchdruckerei:
Joseph Droig.

Deutschland.

FO. Berlin, 31. Juli. Der conservative Reichsbote
äußert heute einen scharfen Tadel über das Verhalten der
Nationalalliberalen bei einigen in nächster Zeit bevor-
stehenden Wahlen, denen er vorwirft, daß sie überall die
conservativen Candidaten zurückweisen und auf die Seite der
Freisinnigen treten. Insbesondere macht das conservative
Blatt den Nationalalliberalen einen Vorwurf daraus, daß sie
in Posen gegen den Grafen Bernstorff protestieren,
weil er ein positiv christlich gesinnter Mann ist, daß sie in
Gromberg gemeinsam mit den Freisinnigen für den Präsi-
dent des Provinzialparlamentes, Kammergerichts-Rath Schrö-
der, eintreten und den conservativen Candidaten Oberverwal-
tungsgerichts-Rath nicht wählen wollen, sowie endlich, daß
sie in Braubenz „den ärgsten Kulturkämpfer, den sie haben“,
den Herrn Hobrecht, aufstellen, und dadurch den Widerstand
der Katholiken provozieren, so daß dort ein Pole gewählt
werde. Wir begreifen den Unwillen des Reichsbote über das
Verhalten der Nationalalliberalen und finden die Mahnung er-
klärlich, daß die Conservativen überall ihre Schuldigkeit thun
müßten, „damit die Wahlen auch ohne diese eifigen Herren
zu ausfallen, wie es zum Wohle des Vaterlandes nöthig ist“,
sowie, daß sie sich zur rechten Zeit darauf vorbereiten, daß
sie „bei der nächsten Reichstagswahl in keinem Kreise von
diesen Herren abhängig sind.“ Der Reichsbote scheint aber
vergessen zu haben, daß bei früheren Wahlen von Seiten
der Conservativen niemals dieser Mahnung entsprechend ge-
handelt worden ist. Wir geben zu, daß Reichsbote und
Kreuzzeitg. bei den jüngsten Wahlen aus ihrer Abneigung,
nationalliberale Candidaturen zu unterstützen, kein Hehl ge-
macht haben; aber nachdem die Nordd. Allg. Ztg. die
Nationalalliberalen unter ihre Fittiche genommen und die Con-
servativen mit großem Nachdruck aufgefodert, überall
für den nationalliberalen Candidaten zu stimmen, ohne
selbst die Person deselben in Betracht zu ziehen, haben die
conservativen Wähler unbedenklich um den Reichsbote, überall
nationalliberale Candidaturen unterstützt. Erwinnert sich der
Reichsbote nicht mehr des in dieser Beziehung sehr charac-
teristischen Vorgehens des Freiherrn v. Plattenberg-Mehrhum
am Duisburger Wahlkreise?

In der „Halle'schen Zeitung“ veröffentlicht Herr v.
Rauchhaupt einen Artikel über die Reform der Brannt-
weinsteuer, worin er die offizielle Mittheilung, es solle die-
sem Reichstage keine Branntweinsteuer vorlage mehr gemacht
werden, als kaum glaublich bezeichnet. Daß die conservative
Partei auf den Vorschlag des Centrums, eine Consum-
steuer von 25 Pfennigen für den Liter festzusetzen, nicht
eingegangen ist, stellt er als einen Fehler hin, da ein
mäßig beginnender Anstieg bei der Einführung der Steuer
einmal einem Rückgange des Consums vorgebeugt und ander-
seits auch den Interessen einer geordneten Finanzwirtschaft
entsprochen hätte, die sich nicht ungemessene Biele auf einmal
vorstellen dürfe. Herr v. Rauchhaupt macht nun folgenden
Vorschlag: Die Waisengrabensteuer wird beibehalten unter Fest-
haltung der von der Regierung selbst vorgeschlagenen Herab-
setzung um 10%. Behufs Durchführung der Consumsteuer
ist für alle Brennereien, deren Production nicht durch einen
Reis-Apparat ausreichend controlirt werden kann, die Not-
wendigkeit vorhanden, daß der producierte Spiritus unter
steuercamtlicher Verhütung kommt. Das Reich stellt den
Spiritus-Producenten steuerfreie Lager zur Disposition, in
welche die Producenten unter Stundung der Waisengraben-
steuer den Spiritus einlagern können.

Ueber ein forsen in Rußland functionirtes Fabrik-
gesetz meldet man der N. Fr. Pr.: Das Fabrikgesetz unter-
lag die willkürliche Herabsetzung der Arbeitslöhne und die
Erhöhung der Zahl der Arbeitstage und Arbeitsstunden vor
Ablauf der abgeschlossenen Contracte, sowie willkürliche Geld-
strafen unterlag. Dagegen unterliegen an Arbeits-
einstellungen sich beistellende Arbeiter, falls dabei keine
schwere Verbrechen vorkommen, einer Haft von zwei bis
acht Monaten, gehen jedoch strafflos aus, wenn sie auf die
erste Aufforderung der Polizei die Arbeit wieder aufnehmen.

Wenn eine Verletzung von Fabrikeigenthum vorkommt, kann
die Strafe bis zu sechsmonatlicher Haft verhängt werden.
Andererseits unterliegen die Fabrikverwalter, wegen Hand-
lungen, durch welche Arbeiterunruhen hervorgerufen werden,
einer Haft bis zu drei Monaten und verlieren außerdem die
Berechtigung zur Bekleidung von derartigen Stellen. An
dieses Gesetz wird sich ein Unfallgesetz schließen.

Gegen eine Zahl von Redactoren hiesiger Zei-
tungen ist von der Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen
Veröffentlichung der Anklageschrift aus dem Sa-
rauw'schen Landesvertraths-Proceß erhoben worden. Die
erste Ferienkammer hat jetzt die Eröffnung des Haupt-
verfahrens beschloffen.

Der Verband deutscher Weinhandeler, welcher
am 1. Juli ins Leben getreten ist, und dem bereits über
300, darunter die renommiertesten Weinfirmen angehören, beab-
sichtigt im October eine Generalversammlung in Frankfurt
a. M. abzuhalten, auf der die Frage der Weinverfä-
lschung erörtert werden soll. In den Kreisen der Wein-
handeler wie auch der Weinbauer herrscht die übereinstimmende
Ansicht, daß die jetzigen Bestimmungen des Nahrungsmit-
telgesetzes über den Verkehr mit Wein ungenügend und geeignet
sind, das reelle Geschäft in den Augen des Publicums zu
discreditiren. Hoffentlich wird dann auch gesetzlich festgestellt,
was eigentlich Wein ist und als solcher verkauft werden
darf. Die Klagen über die jetzigen unhaltbaren Zustände
sind ja im Reichstage zu wiederholten Malen mit Lebhaftigkeit
vorgetragen worden, bis jetzt leider ohne Erfolg.

Der chinesische Marquis Tseng und der Gesandte
Chinas an unserm Hofe Hün-Ching-Cheng sind heute beim
Kronprinzen zur Tafel geladen. Marquis Tseng, welcher
früher das „himmlische Reich“ am Berliner Hof vertrat, ist
überhaupt, seitdem er wieder deutschen Boden betreten hat,
der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. So wurde ihm
u. A., wie Berliner Blätter hervorheben, ein Extrazug auf
Staatskosten zur Verfügung gestellt, der ihn von Kissingen,
wo er dem Fürsten Bismarck einen Besuch abstattete, nach
Berlin brachte.

Bezüglich des Antrages Hammerstein bemerkt der
Reichsbote:

Das Centrum hat bereits erklärt, daß es für
den Antrag Hammerstein, der ja die Dotationsfor-
derung enthält, stimmen werde. Es wäre auch kein
Grund vorhanden, daß die Katholiken es nicht thun sollten,
da ihrer Kirche ja nichts genommen werden soll.
Der Reichsbote möge uns glüklich sagen, wann und wo
eine so positive Erklärung abgegeben worden ist, besonders
was die Dotationsforderung anlangt.

Berlin, 1. Aug. Die Hofhauspielerin Frieß-Blum-
auer ist gestern gestorben.

Die Kreuzzeitg. befaßt sich heute in ihrem wirthschaft-
lichen Wochenbericht die Einführung einer gesetzlichen Brot-
tage. Allerdings will sie nicht die alte und veraltete Polizei-
tage, die wir früher in den verschiedenen Bundesstaaten hatten,
sondern ein allgemeines Reichsgesetz, durch welches der höchste
Brottergehalt, den das zum öffentlichen Gebrauche gebrachte
Brod haben darf, festgesetzt wird, und welches Brodverfä-
lschungen unter strenge Strafe stellt. Das conservative Blatt
erwartet, daß dadurch ein bestimmtes und festes Verhältniß
zwischen Getreide- und Brodpreisen hergestellt werden könne.
Der Brodpreis in Städten über 50,000 Einwohnern dürfe
höchstens 25% höher sein, als der Roggenpreis, und in
Städten unter 20,000 Einwohnern nur höchstens 15%.
Außerdem sollten die verschiedenen Stadtgemeinden Vorbe-
rungen treffen, nach welchem Jedermann sein eigenes Brod
baden könne, um nicht auf Gnade oder Ungnade dem wucher-
rischen Brodhandel überliefert zu werden. Erst dann werde
es nicht mehr vorkommen können, daß die Brodpreise steigen,
während die Getreidepreise fallen.

Es steht nunmehr fest, daß die Weltausstellung
in Paris doch im Jahre 1889 stattfinden wird. Es war
nämlich neuerdings gesagt worden, daß die Pariser Weltaus-
stellung, um die Empfindlichkeiten Oesterreichs und Russlands
zu schonen, auf das Jahr 1890 verlegt werden sollte, weil
dieser monarchistischen Staaten nicht zugemuthet werden dürfe,
die Säcularfeier der großen Revolution festlich zu begehen.
Inzwischen veröffentlicht nunmehr das französische „Journal
officiel“ die Decrete des Präsidenten der Republik, wonach
die Pariser Weltausstellung 1889 stattfinden wird. Die „Nat-
l. Bib. Corr.“ erörtert nun die Frage der Beschickung dieser
Ausstellung seitens Deutschlands. Sie betont, daß bei der
öffentlichen Bepredung dieser Frage zunächst vorzugsweise
der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt maßgebend sein solle.
Würden uns die Franzosen Gelegenheit geben, sie auf ihrem
eigenen Markte zu schlagen, so sollten wir dies benützen, so
weit uns der Sieg möglich wäre. Denn unter allen Um-
ständen liege es im Interesse der deutschen Industrie, sich
ihren Markt zu wahren. Wenn auch die Franzosen mit der
Weltausstellung zugleich eine Erinnerungsfest an die Revo-
lution von 1789 knüpfen würden, so bleibe doch die Grund-

natur der Ausstellung eine geschäftliche und dies allein müsse
vorläufig die deutsche Industrie berücksichtigen.

Unter den Personal-Veränderungen bei den Justiz-
behörden verzeichnet die jüngste Nummer des „Justiz-Min-
Bl.“ die Versetzung des Amtsgerichtsraths Brandenburg
in Quakenbrück an das Amtsgericht in Bersenbrück. Hr.
Brandenburg ist Vertreter des westfälischen Wahlkreises
Hansa-Steinfurt im Abgeordnetenhaus und gehört der
Centrumsfraction an.

Bezüglich der schlechten Aussichten für die jungen
Juristen in Preußen ist neulich schon darauf hingewiesen,
daß der älteste Professor jetzt schon sechs Jahre auf eine An-
stellung wartet und daß der zwanzigste Professor in der
Anciennitätsliste bereits vor 5 Jahren seine große Staats-
prüfung gemacht hat. Die Ueberfüllung des Juristenstandes
wird leider noch auf eine unabsehbare Zeit fortbauern, wie
aus der großen Zahl der Referendare hervorgeht. Die-
selbe betrug nämlich, wie wir aus einer im Justizministerium
aufgestellten Uebersicht entnehmen, im Jahre 1885 nicht
weniger als 3987. Die Bedeutung dieser Biffer wird erst
klar, wenn man vergleichend in Rechnung zieht, daß dieselbe
noch etwas größer ist, als die Zahl sämtlicher bei den
preussischen und waldessischen Gerichten angestellten Richter,
Directoren und Gerichtspräsidenten, die sich auf 3938 beläuft.
Die Zahl der Oberstaatsanwälte und Staatsanwälte in
Preußen und Waldeck beträgt 266, wozu noch 78 kändige
Hilfsarbeiter (Gerichts-Assessoren) kommen. Ueber die Zahl
der Rechtsanwölle liegen zuverlässige Biffern augenblicklich
nicht vor. Es ist jedoch notorisch, daß dieselbe von Jahr zu
Jahr erheblich steigt, was vorzugsweise auf die schlechten
Aussichten in der Richter-carriere zurückzuführen ist. Ebenso
bekannt ist es, daß sich vielfach auch bei der Reichsanwalt-
schaft eine Ueberfüllung zeigt, die nach manchen Seiten hin
ihre Bedenken hat.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht ein Rundschreiben
des Präsidenten des Reichs-Vericherungsamtes, Vöbker an
die Verurgenossen schafte-Vorstände betreffend die Fest-
stellung der Entschädigungen.

Berlin, 1. Aug. Die Nachfrage nach Einpfennigstücken
hatte bekanntlich den Bundesrath im Herbst v. J. veranlaßt,
die Ausprägung von 400,000 Mark Einpfennigstücken zu
beschließen. Wie wir hören, wird der Rest dieses Betrages
zur Zeit in der hiesigen k. M. Münze ausgeprägt; ob da-
mit dem Bedürfnisse vollumfänglich genügt sein wird, scheint keines-
wegs sicher, denn Thatsache ist, daß im letzten Jahre sich die
Nachfrage nach dieser Münzsorte bei den öffentlichen Kassen
sehr erheblich gesteigert hat. Uebrigens sind in der k. M.
Münze seit längerer Zeit schon wieder Reichsgoldmünzen
hergestellt worden.

Die aus Preußen Ausgewiesenen sind bisher
in Russisch-Polen vor den Behörden ziemlich rüchtsvoll
behandelt worden; doch ist neuerdings im Gouvernement Plock
auch ein Beispiel großer Härte vorgekommen. Es waren dort
im vorigen Jahre drei Ausgewiesene angekommen und von
denjenigen Kreisen und Gemeinden, aus denen sie stammten,
mit Genehmigung des Kreis-Obersten wieder aufgenommen
worden. In voriger Woche erhielten sie nun den Befehl, sich
bei der Unterbehörde zu melden, wo ihnen erklärt wurde, daß
sie auf Befehl des Gouverneurs von Plock dorthin gebracht,
und alsdann nach Sibirien geschickt werden sollten. Den drei
Borgeladenen und Verhafteten gelang es jedoch, zu entkommen
und nach Preußen zu flüchten, während ihre Familien in
Russisch-Polen geblieben sind.

Bremerhaven, 1. August. Das gestern Nachmittag
in Ulrichs Dock gelegte Bollschiff „Rudolph“, Rbe-
der Bildemeister und Ries in Bremen, ist gestern Abend 8 1/2
Uhr umgefallen, total aufgebrochen und Brack geworden.
Menschen sind hierbei nicht verunglückt.

Braunsberg, 31. Juli. Für die 2 theologischen Lehr-
stühle an der Universität Bonn waren ursprünglich die
Professoren Dr. Weiß und Dr. Marquardt am Lyceum
Hofianum zu Braunsberg in Aussicht genommen. Beide
indess haben den Ruf nach Bonn abgelehnt, weil sie es vor-
gezogen haben, in der Diocese zu wirken, welcher sie ange-
hören.

München, 31. Juli. Der Fürst und die Fürstin v.
Bismarck sind heute Abend 9 Uhr hier eingetroffen und auf
dem Centralbahnhof von dem preussischen Gefandten Grafen
Werthern und dem ganzen Gesandtschaftspersonal, sowie
von dem Oberstallmeister Grafen von Holsheim empfangen
worden. Der Fürst begab sich mit dem Gefandten Grafen
Werthern in dem ihm zur Verfügung gestellten Hofwagen
nach seinem Absteigequartier im preussischen Gesandtschafts-
gebäude; die Fürstin wurde von dem Oberstallmeister Grafen
Holsheim und dem preussischen Legationssecretär Grafen Eulen-
burg dahin geleitet. Im Bahnhofe und auf dem Bahnhof-
plage hatte sich trotz des eingetretenen Regenwetters eine nach
vielen Tausenden zählende Menschenmenge angesammelt,
welche den Fürsten mit nicht enden wollenden Hochrufen
beglückte.

ch 3. B. na
rf. Auch
ner den We
gehren B. t

gebürg, 31. Juli. Kartoffelspiritus fest. Loco ohne
38,20 38,70. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der
M. 39,20—39,70. Milbenspiritus fehlt.

